

46. Plenarsitzung am 24. Februar 2011

„Rechtssicherheit schaffen: Regionale Raumordnungspläne in Kraft setzen“

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben ja gestern schon durch die Aktuelle Stunde einiges dazu gehört und Herr Carius war auch nicht müde zu betonen, dass man alles gründlich prüfen müsste. Frau Tasch sagte, hier sei sozusagen alles nach Recht und Gesetz in einem ganz normalen Verfahren gelaufen.

Ich möchte Ihnen mal wiedergeben, was ein Landrat in dieser Debatte gesagt hat, und zwar in der Debatte Ausweisung von Windkraftgebieten, darum geht es uns ja vor allem neben der Frage Energien insgesamt.

Der sagte: Solange ich Landrat bin, wird es in meinem Kreis keine neuen Windkraftanlagen geben.

Ideologie. Jetzt ist sie auch noch mal an die Oberfläche gekommen und Sie können jetzt aufhören, den ...

Genau. Die Oberfläche des Landrats bei der Begründung, wir müssen das alles in Ruhe machen und rechtssicher, ist bei ihm durchgebrochen durch dieses Zitat und bei Ihnen jetzt auch, vielen Dank. Das hat gezeigt, wie Sie mit dieser Frage umgehen, nämlich ideologisch.

Wir gehen damit nicht ideologisch um, sondern pragmatisch und vor allem fühlen wir uns offensichtlich den Zielen des Koalitionsvertrags mehr verpflichtet als Sie. Das nehme ich auch zur Kenntnis.

Wenn man auf die Homepage der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen geht, dann gibt es dazu Informationen zum integrierten Energiekonzept. Da ist schon auffällig, dass für erneuerbare Energien dort die Potenziale zu finden sind, Daten zu den Potenzialen, aber zur Windkraft nicht. Das ist mir aufgefallen.

Auffällig ist auch, dass die regionalen Planungsstellen regelmäßig mehr Windkraftgebiete ausgewiesen haben als die Planungsgemeinschaften. Und das lässt in mir doch Zweifel aufkeimen, ob wirklich sachgerecht abgewogen wurde oder ob es nicht auch teilweise tatsächlich etwas um Verhinderungsplanung geht.

Ich habe gestern schon den Landesentwicklungsplan angesprochen. Da wurde klar, dass wir das 10-Prozent-Ziel, was mal formuliert wurde von einem nicht mehr im Kabinett ansässigen Minister, schon längst überschritten wurde. Wir haben hier veraltete Planungsinstrumente. Im Moment ist die Landesregierung dabei, Regionalpläne zu genehmigen, die auf diesen völlig veralteten Planungsinstrumenten beruhen.

Das heißt, dass die neuen Regionalpläne im Bereich Energie schlecht sind, sie sind schlecht, aber, und das ist auch der Sinn unseres Antrags, es ist immer noch besser, sie zu genehmigen und die wenigen Windkraftgebiete, die dort ausgewiesen sind, endlich zu nutzen.

Deswegen plädieren wir auch dafür, dass die umgehend genehmigt werden und nicht mehr hin- und hergeschoben werden im Kabinett. Man hört Gerüchte, dass es heute eine Genehmigung gegeben habe. Vielleicht wird Herr Carius dazu etwas ausführen und auch sagen, was dann speziell mit dem Teil Energie passiert ist.

Bei unserer Windkrafttagung ist sehr deutlich geworden, dass sowohl Landräte als auch Investoren händeringend gesagt haben: Wir hoffen auf den neuen Landesentwicklungsplan, wir brauchen endlich klare, bessere Vorgaben. Liebe Landesregierung, das ist genau Ihre Aufgabe. Bitte legen Sie einen Zahn zu!

Das ist alles die Begründung dafür, warum diese Regionalpläne schnellstens genehmigt werden sollten. Frau Tasch, hören Sie sich einfach den Rest an, ich habe sowieso nur noch eine Minute und dann können Sie gern nach vorn gehen. Ich kann dann später noch mal reden.

Ich habe mich in dem Regionalplan Südwestthüringen umgesehen. Da werden Kriterien genannt, die man als restriktiv auffassen kann, restriktiv im Hinblick darauf, dass sie dazu geeignet sein können, Windkraftanlagen nicht zu genehmigen. Eines zum Beispiel ist die Nichtausweisung in unzerschnittenen, störungsarmen Räumen ab 50 km. Das finde ich schon interessant. Wenn man die gleichen Kriterien mal für Straßenverkehrswege anwenden

würde, dann würden wir aber mit der Straßenverkehrsplanung in Thüringen ganz woanders landen.

Letzter Punkt: Der Finanzminister hat heute davon gesprochen, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht. Da ging es um den Finanzausgleich, wo die Kommunen ja keinen Schaden genommen haben. Hier ist es ganz anders, hier haben die Kommunen nämlich Schaden genommen. In jedem wo keine neuen Windkraftanlagen mehr gebaut werden konnten - man geht von 100.000 € Wertschöpfung pro Windkraftanlage aus -, dann sind wir pro Jahr bei 10 Mio. €, die den Kommunen entgangen sind an regionaler Wertschöpfung. Das ist schade.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Tasch, auf das Meiste, was Sie gesagt haben, möchte ich erst gar nicht eingehen. Es war schon fast unerträglich, sich das manchmal anzuhören, auf welchem argumentativen Niveau wir uns hier bewegen, wenn Sie das Versiegelungsproblem ansprechen - das ist das erste Mal, dass ich dazu von Ihnen etwas gehört habe - und als Erstes die Windkraftanlagen nennen, dabei will es auch belassen. Das sind doch Ausweichmanöver.

Das Problem ist doch, dass sich die Koalition nicht einig ist. Sie haben ein Ziel in den Koalitionsvertrag reingeschrieben und wir bezahlen Universitäten, insbesondere die Fachhochschule Nordhausen, die uns zum Thema Energie sagt, das Ziel ist nicht zu halten, wenn wir bei der Windkraft nicht zulegen. Man kann das auch ignorieren, aber dann frage ich mich: Wozu leisten wir uns so eine gute Wissenschaft, wenn wir diese Ergebnisse einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen?

Insofern stelle ich fest, das Argument Bürgerbeteiligung wird immer mehr zum Totschlagargument oder zur Ausrede, wenn die Landesregierung bei irgendwas nicht vorankommt oder wenn sie sich nicht einig ist. Das ist nämlich hier das Problem.

An den Minister möchte ich ganz klar sagen: Wir haben den Entwurf des Landesentwicklungsplans gefordert für 2011, nicht mehr und nicht weniger. Was dann alles an Bürgerbeteiligung zu erfolgen hat bis 2012, dafür ist dann ein Jahr Zeit. Mit Verlaub gesagt, beim Thema Energie reden wir jahrelang darüber und in den Kommunen wird zum Teil einfach darauf gewartet, dass hier etwas passiert.

Wenn wir vorschlagen, die Energieteile herauszunehmen, dann heißt das, wir haben von heute an immer noch ein Jahr Zeit, genauso viel Zeit wie Sie dem Verfahren für das Landesentwicklungsprogramm zubilligen. Das müsste, glaube ich, ausreichen.

Noch ein letzter Punkt, wenn Sie uns vorwerfen, wir würden die Bürgerbeteiligung nicht wertschätzen, aber ich möchte ein aktuelles Beispiel anführen, wo die Landesregierung das ignoriert. Im Weimarer Land gab es einen Bürgerentscheid zum Thema Erweiterung Schweinemastanlage; 64 Prozent der Bevölkerung haben sich dagegen ausgesprochen. Jetzt bin ich gespannt, was die Landesregierung mit diesem Entscheid macht. Vielen Dank.